

WPS Grundschulverband Antworten der **Piratenpartei Berlin**

Sehr geehrter Herr Spies,
der Grundschulverband, Landesgruppe Berlin, benennt im Folgenden 11 Missstände, die in der Berliner Grundschule bestehen und fragt die politisch Verantwortlichen was sie tun werden, um diese Missstände zu beheben.

Fragen an die Landespolitik

1. Gleichwertigkeit der Lehrämter

Die Gleichwertigkeit der Lehrämter hinsichtlich Berufsstatus, Stundendeputat und Bezahlung ist immer noch nicht erreicht, obwohl die pädagogisch-didaktischen und fachlichen Anforderungen sowie die Tätigkeiten im Bereich Schulentwicklung, Teamarbeit, Kooperation, Schüler- und Elternberatung in der Grundschule nicht geringer sind als in anderen Schulformen.

Welche Maßnahmen sind geplant, um diese Benachteiligung aufzuheben und die Gleichwertigkeit der Lehrämter herzustellen?

Wir fordern in unserem Wahlprogramm die volle Gleichstellung der Grundschul- mit den Oberschullehrer_innen und wir werden uns im Abgeordnetenhaus und bei Tarifverhandlungen dafür einsetzen. Das betrifft sowohl die Bezahlung als auch das Stundendeputat und die Aufstiegsmöglichkeiten. Ohne eine Angleichung kann Berlin dem Mangel an Lehrpersonal im Grundschulbereich auf Dauer nicht wirksam entgegenreten.

2. Ressourcen für Grundschulen

Für die umfangreichen Aufgaben zur Schulentwicklung wie z.B. die Erarbeitung neuer schulinterner Curricula aufgrund neuer Rahmenlehrpläne stehen den Oberschulen für die Koordination dieser Aufgaben Fachleiterstellen zur Verfügung. Die Grundschulen haben für die vielfältigen Aufgaben der Fachbereiche keine vergleichbaren Strukturen und Ressourcen.

Ab wann und in welchem Umfang werden die Grundschulen entsprechende Ressourcen, z.B. einen Stundenpool für diese Aufgaben erhalten?

Zur Gleichbehandlung mit den Oberschulen gehört nach Meinung der PIRATEN auch, anzuerkennen, dass hier ebenfalls Koordinationsbedarf besteht und die Organisationsstrukturen anzugleichen. Fachleiterstellen müssen auch für kleine Schulen (zumindest anteilig) eingerichtet werden, da sonst zwei- und dreizügige Schulen weiterhin leer ausgehen würden.

3. Verwaltungskräfte an Grundschulen

Schulleitungen haben im Kern an allen Schulen gleichartige Aufgaben. Die bestehenden Anrechnungsstunden reichen aber nicht aus, um die vielfältigen Aufgaben angemessen zu erfüllen. Insbesondere durch die Aufgaben einer eigenständigen Schule mit Personalkostenbudgetierung, Verwaltung der Bonusprogramm Gelder, des Verfügungsfonds und der Abrechnung der Gelder des

BildungsundTeilhabepakets ist ein hoher Verwaltungsaufwand entstanden, der die Anrechnungsstunden beträchtlich übersteigt.

Wie, in welchem Umfang und für welche Tätigkeiten werden zukünftig Verwaltungskräfte eingesetzt, um die Schulleitungen zu entlasten?

Eine Entlastung der Schulleitungen durch Verwaltungspersonal ist zwingend notwendig. Es ist absurd, dass an den Stellen der Schulsekretär_innen gespart wird, mit dem Effekt, dass die Schulleiter_innen deren Arbeit mit erledigen müssen. Wir werden uns hier für eine Verbesserung einsetzen.

4. Vermeidung von Unterrichtsausfall

Bei Erkrankung von Lehrkräften können die Schulen erst nach drei Wochen die Mittel der Personalkostenbudgetierung für Vertretungsunterricht einsetzen. Die Zeit bis dahin müssen die Schulen mit Mehrarbeit und Ausfall von Fördermaßnahmen überbrücken.

Wie wird eine verlässliche und pädagogisch angemessene Versorgung gewährleistet, um Unterrichtsausfall zu vermeiden?

Es sollte sofort auf PKB-Mittel zugegriffen werden können. Der Ausfall von Förderstunden ist die schlechteste Lösung, besonders da bei der chronischen Unterbesetzung der Förderunterricht oft dauerhaft ausfällt. Um dem entgegenzuwirken fordern die PIRATEN Berlin eine mindestens 110 % Personalausstattung der Schulen.

5. Verlässliche Ausstattung mit Erzieher*innen

Bei Erkrankung von Erzieher*innen gibt es bisher keine Vertretungsmittel im Rahmen der Personalkostenbudgetierung, d.h. im Krankheitsfall steigt die sowieso zu hohe Betreuungsfrequenz noch weiter.

Wie wird eine verlässliche und angemessene Versorgung gewährleistet?

Die PIRATEN Berlin fordern hier ebenso wie beim Lehrpersonal eine mindestens 110 % Personalausstattung der Schulen.

6. Mangel an ausgebildeten Grundschullehrkräften

Die steigende Zahl der Grundschüler*innen bei gleichzeitig hoher Pensionierungsrate von Lehrkräften führt zu einem Mangel an gut ausgebildeten Grundschullehrkräften.

Wie wird dieser Mangelsituation kurz- und längerfristig entgegen gewirkt?

Die PIRATEN setzen sich für die Gleichstellung der Grundschul- mit den Oberschullehrer_innen ein. Damit soll das Grundschullehramt attraktiver gemacht werden.

Weiterhin fordern wir eine Aufstockung der Lehramtsstudienplätze in allen Bereichen. Außerdem setzen wir uns dafür ein den Quereinstieg für weitere Fächer zu öffnen, gerade für den Grundschulbereich ist die Einengung auf den MINT-Bereich nicht sinnvoll.

7. Integration der Flüchtlingskinder und -jugendlichen in Regelklassen

Viele Flüchtlingskinder und -jugendliche werden in Schulen in sogenannten „Willkommensklassen“ unterrichtet. Die meisten dieser Klassen befinden sich an Schulen, die ohnehin eine hohe Schülerpopulation aus prekären Verhältnissen haben.

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Belastung der Schulen in sozialen Brennpunkten mit Willkommensklassen zu verringern und die Kinder und Jugendlichen in die Regelklassen zu integrieren?

Sowohl die Willkommensklassen, als auch die Eingliederung der Geflüchteten in die Regelklassen soll gleichmäßig über alle Schulen und Schultypen verteilt werden. Auch Gymnasien müssen hier ihren Beitrag leisten. Dadurch können die Brennpunktschulen etwas entlastet werden.

8. Umsetzung der UN-Konvention – Schaffung von inklusiven Schulen

Die Schaffung von inklusiven Schwerpunktschulen wird als Zwischenschritt bei der Umsetzung der UN-Konvention gesehen. Das Ziel ist die Schaffung eines inklusiven Schulsystems.

Welchen Zeitplan gibt es für die flächendeckende Umsetzung der UN-Konvention und damit die Umwandlung des selektiven in ein inklusives Schulsystem?

Wir unterstützen die Ziele der UN-Konvention und unterstützen die inklusive Schule. Jedes Kind muss wohnortnah und barrierearm eine Schule seiner Wahl besuchen können. Der Schulbesuch soll alle Kinder und Jugendlichen - mit und ohne besondere Förderbedarfe in ihrer Entwicklung zu selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und sozial kompetenten Mitgliedern der Gesellschaft unterstützen.

Inklusion zum Nulltarif ist jedoch nicht möglich! Die Schulen müssen sich auf individuelle Förderung einstellen und die notwendigen Hilfen bereitstellen. Schulhelferstellen und eine Doppelsteckung des Lehrpersonals ist hier unumgänglich.

Einen festen Zeitplan halten wir für schwierig, denn weder können die die Förderschulen brachial und gegen den Elternwillen abgewickelt werden, noch sind die Regelschulen für die Aufnahme der Kinder mit besonderen Bedarfen gerüstet.

9. Schulraumnot durch steigende Schülerzahlen

Für die steigende Zahl an Grundschulkindern wird Schulraum benötigt. Der Mangel an Schulraum führt dazu, dass Räume doppelt genutzt werden: für Unterricht und für die Ganztagsbetreuung. Dies führt dazu, dass pädagogische Konzepte nicht umgesetzt werden können und aufgrund der Raumnot eine hohe Belastung für die Kinder entsteht.

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um den Aus- und Neubau von Schulen zu gewährleisten?

Wie wird gewährleistet, dass bei allen Baumaßnahmen die Erfordernisse einer inklusiven Schule und einer inklusiven Pädagogik berücksichtigt werden.

Berlin hat leider Schulen geschlossen und Liegenschaften verkauft und sich so jeder Handlungsmöglichkeit bei steigenden Schülerzahlen beraubt. Nun muss neugebaut werden. Wir plädieren für kosten- und flächensparende Bauweisen. Schulbauten dürfen durchaus intelligent „von der Stange“ kommen, wenn sie dann schneller fertig sind als bei ausgeklügelten Einzelentwürfen.

Auf Barrierefreiheit kann hier nicht verzichtet werden um Kosten zu sparen. Das müsste dann später aufwändig nachgerüstet werden.

Um modulare Ersatzbauten kommen wir wohl nicht herum. Sie sollten aber so stabil sein, dass die Betriebsgenehmigung nicht schon wieder nach wenigen Jahrzehnten erlischt.

Auch die Nutzung von leerstehenden Büro- oder Fabrikgebäuden ist denkbar.

10. Sanierungs- und Reinigungsbedarf

Marode Schulgebäude und stinkende Toiletten sind Alltag an den Berliner Schulen. **Welche Maßnahmen werden ergriffen, um zu gewährleisten, dass der bestehende Sanierungsbedarf kurzfristig umfänglich behoben wird und eine sorgfältige regelmäßige Reinigung aller Schulen sichergestellt ist?**

Jahrzehntelange Sparpolitik in Berlin hat zu einem Verfall von Schulbauten mit enormen Folgekosten geführt. Inzwischen sind zwar Gelder bereitgestellt, durch den Stellenabbau im Öffentlichen Dienst benötigen die Bauämter jedoch Jahre, genehmigte Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen auszuschreiben und zu vergeben. Hier muss die personelle Ausstattung der Bauämter verbessert werden. Weiterhin ist sicherzustellen, dass Investitionsausgaben auch wirklich in Investitionen fließen und nicht in den Bezirken anderweitig (z.B. zur Schuldentilgung) ausgegeben werden. Die Piratenpartei Berlin fordert eine vollständige bedingungslose Finanzierung der öffentlichen Schulgebäude, sowie aller zugehöriger Instandhaltungskosten und Nebenkosten durch die Landesebene, unabhängig von Faktoren wie der Anzahl der Schüler, die diese gerade besuchen. Nachdem nun auch jahrelang an der Grundreinigung gespart wurde, zeigen sich nun auch dadurch Mängel in der Substanz. Hier wurde einfach am falschen Ende gespart. Das muss behoben werden.

11. Flüchtlinge in Turnhallen

An vielen Schulen stehen die Turnhallen aufgrund der Belegung mit Flüchtlingen nicht mehr für den Sportunterricht zur Verfügung. Das ist ein unhaltbarer Zustand. **Welche Maßnahmen werden ergriffen, um diesen Notstand zu beenden? Ab wann stehen die Turnhallen wieder für den regulären Sportunterricht zur Verfügung?**

Bei der Bereitstellung von langfristig nutzbaren Unterkünften für die Geflüchteten ist der Senat bisher sehr zögerlich vorgegangen. Mietverträge wurden nicht geschlossen, Umbauten erst spät begonnen, um Anwohner und Politiker in ihren Wahlkreisen nicht zu beunruhigen. Dadurch wurde viel Zeit verschwendet, die nun dazu führt, dass die Geflüchteten länger in den Notunterkünften ausharren müssen. Eine Umquartierung der Menschen von den Turnhallen in die noch schlechtesten Hangars auf dem Tempelhofer Feld lehnen wir ab.

Wir PIRATEN fordern dagegen eine schnellere Bautätigkeit, die Anmietung von Gebäuden, die Unterbringung in Wohnungen, den besseren Schutz der Unterkünfte vor Brandanschlägen.

Für Schulen, deren Turnhallen belegt sind und die nicht in Nachbarschulen ausweichen können, muss ein Bus-Shuttle zu anderen Hallen bzw. als Alternative Schwimmunterricht angeboten werden.

Wahlprogramm der PIRATEN

<https://berlin.piratenpartei.de/wahlprogramm-2016/>